Pressemitteilung

Ansbach, 15.04.2012

Offene Linke widerspricht Helmut Arndt: Vorgelegte Lösungen des Urlas-Knotens inakzeptabel

Neuplanung unter Berücksichtigung aktueller Verkehrszahlen gefordert

Ziel: Reduzierung von Kosten und Flächenfraß - „Werden Knotenmonster nicht zustimmen"

Die Offene Linke hat den Darstellungen des Leiters des Staatl. Bauamts Ansbach (StBaAn), Helmut Arndt, in der *Fränkischen Landeszeitung* vom 14.04.12 widersprochen: „Die Alternativlosigkeit zu Arndts überdimensionierten Planungen ist keineswegs gegeben. Die Stadt darf sich in dieser Angelegen nicht die Pistole auf die Brust setzen lassen"

Zur Begründung ihrer Einschätzung führt die Offene Linke teilweise falsche Einschätzungen des StBaAn, die auch den aktuellen Planungen zu Grunde liegen an. So arbeite Arndt mit irreführenden Verkehrszahlen, die am Eyber Knoten erhoben wurden. Eigene Zählungen der Stadt Ansbach ergaben an der korrekten Örtlichkeit in Höhe Urlas auf der B14 ein Verkehrsaufkommen von lediglich 14.980 Fahrzeugen am Tag anstatt den vom StBaAn in der Kernstadt ermittelten 20.500, wie im Januar 2012 bekannt wurde.

Dies verändere die Planungsvoraussetzungen grundlegend, so die Offene Linke: „Angesichts der neuen Fakten ist eine Neuplanung unter Berücksichtigung aktueller Verkehrszahlen das Gebot der Stunde." Anderenfalls verstärke sich der Eindruck, das StBaAn betreibe eine Gefälligkeitsplanung für das Militär.

Die Offene Linke unterbreitete bereits zwei Vorschläge für eine dezentrale Lösung, die ohne teure Großbauwerke auskäme. Eine Anbindung unter Einbeziehung der Shipton-Kaserne verhinderte die US-Armee aus angeblichen „Sicherheitsgründen". Nach Bekanntwerden der städtischen Verkehrszahlen bestehe nun die Möglichkeit, Lösungen unter weitgehender Nutzung bestehender Straßen (mit einer von Anliegern seit Langem geforderten Unterführung in Höhe der Einmündung Hochstraße, die die Verkehrssicherheit erhöht) eingehend zu prüfen. Zudem sei die Forderung der großen Mehrheit des Ansbacher Stadtrats vom Herbst 2008, einen einspurigen, höhengleichen Kreisverkehr zu planen, im Bereich des Möglichen. Denn die von der Stadt erhobenen Zahlen ergeben zwischen der B14 an der Ansbacher Stadtgrenze und derjenigen Steins, wo ein solcher Kreisel existiert, keine großen Unterschiede mehr.

Der jetzt vom StBaAn aufgebaute Zeitdruck werde der Schonung der Umwelt und der Geldbeutel der Steuerzahler nicht gerecht. Die Kosten stiegen bei jedem StBaAn-Vorschlag weiter an, während der Flächenfraß nicht sinke. Überdies hätten die vorliegenden Planungen allesamt Landbeschaffungsverfahren, die Enteignungen gleichkämen, zur Folge: „Unser Ziel bleibt eine deutliche Reduzierung von Flächenverbrauch und Kosten. Einem Knotenmonster wird die Offene Linke nicht zustimmen", betonte das WählerInnenbündnis.

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat